

# position

The logo of the DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) is a red parallelogram with the letters 'DGB' in white, bold, sans-serif font.

## **Energiepolitische Thesen des DGB**

Nachhaltige Energieversorgung vor dem  
Hintergrund klimapolitischer Notwendigkeiten

Bundesvorstandsbeschluss vom März 2009

## **Impressum**

Herausgegeben vom DGB Bundesvorstand  
Bereich Energie- und Umweltpolitik  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin

Verantwortlich: Dietmar Hexel

Kontakt: Dr. Horst Heuter  
Tel.: 030 - 24 06 03 03  
Fax: 030 - 24 06 06 77  
E-Mail: [horst.heuter@dgb.de](mailto:horst.heuter@dgb.de)

# Inhalt

0. Präambel .....	Seite 4
1. Neun Thesen für eine nachhaltige Energieversorgung.....	Seite 7
2. Aktuelle Herausforderungen .....	Seite 10
3. Ziele einer nachhaltigen Energieversorgung .....	Seite 12
4. Spannungsfelder und Widersprüche.....	Seite 17
5. Politische Anforderungen.....	Seite 23

# 0. Präambel

Eine funktionsfähige und zukunftsorientierte Energieversorgung ist unverzichtbare Grundlage für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Orientiert am Grundsatz der Nachhaltigkeit zeichnet sie sich dadurch aus, dass sie gleichzeitig die langfristige Versorgung mit Energie sichert, die Klima- und Umweltverträglichkeit der Energieversorgung stetig verbessert und eine international wettbewerbsfähige Energieversorgung am Standort Deutschland gewährleistet. Dies ist in der aktuellen Situation umso wichtiger, denn der ökologische Umbau der Industriegesellschaften ist die beste Antwort auf die schwierige Konjunkturlage: er schafft Wachstum, Arbeitsplätze und erhöht die Energiesicherheit und macht Deutschland damit weniger anfällig.

Die jüngsten Berichte des Weltklimarates IPCC zeigen erneut, dass menschliches Handeln den Klimawandel verursacht und daher in der Wirtschaft umgesteuert werden muss. Zusammen mit einem rapide zunehmenden Weltsozialprodukt in einer zusammenwachsenden Welt und einer steigenden Nachfrage auf den Rohstoff- und Energiemärkten mit wahrscheinlich weiter anziehenden Preisen stehen besonders die Industriegesellschaften vor großen Herausforderungen:

- Wie versorgen wir die Menschheit mit ausreichend und bezahlbarer Energie? Das ist vor allem für die rd. 2 Mrd. Menschen auf unserem Planeten entscheidend, die heute keinerlei Zugang zu Elektrizität haben.
- Was können wir tun, damit der Energieverbrauch in Zukunft keine so folgenschweren Auswirkungen für das Klima, unsere Gesellschaften sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat?

- Wie kommen wir von der heutigen Energieerzeugung und -verteilung zu effizienten und CO<sub>2</sub>-armen Technologien und Strukturen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung?
- Wie gelingt es uns in den Industriegesellschaften, ein nachhaltiges Entwicklungsmodell zu realisieren, das global Vorbild sein kann?
- Welchen Beitrag kann und muss Deutschland leisten als ein Land mit aktiver Industriepolitik, das im Hinblick auf die Bewältigung der klimapolitischen Erfordernisse besser aufgestellt ist als andere?
- Welche besonderen Anforderungen ergeben sich für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für Wirtschaft, Verbraucher und andere Teile der Gesellschaft?

Um für uns, aber vor allem die nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Zustand auf der Erde zu erhalten, ist ein gezieltes Handeln aller gesellschaftlichen Kräfte nötig – von der Wirtschaft über die Verbraucher bis hin zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Gerade sie sind vom Klimawandel in dreifacher Weise betroffen:

- durch die Auswirkungen auf Lebensqualität und Gesundheit als Bewohner dieser Erde;
- durch Veränderungen des Konsumverhaltens und der Konsummöglichkeiten als Verbraucher;
- als Beschäftigte mit Blick auf nachhaltige Arbeitsplätze, gesichertes Einkommen und gute Arbeit.

Noch ist der Kampf gegen den Klimawandel bezahlbar: Ein Großteil der notwendigen Klimaschutzmaßnahmen lässt sich mit erprobter und serienreifer Technik realisieren. Deutschland als größte Industrienation Europas hat ein hohes gesellschaftliches und technologisches Potential, Klimaschutz und energiepolitische Erfordernisse miteinander zu vereinbaren. Eine darauf basierende energiepolitische Strategie könnte durchaus als Modell für andere Länder Pate stehen.

In diesem Sinne ist es – wie auch vom DGB Bundeskongress gefordert - Ziel der DGB-Gewerkschaften, den gesellschaftlichen Diskurs über eine integrierte Klima-, Energie-, Verkehrs- und Industriepolitik zu verstärken und einen inhaltlichen Beitrag zur gesellschaftlich notwendigen Konsensbildung für eine nachhaltige Energieversorgung zu leisten.

# 1. Neun Thesen für eine nachhaltige Energieversorgung

1. Das Wissen und die Technologien für eine nachhaltige Energieversorgung sind vorhanden. Auch ist sofortiges Handeln kostengünstiger. Mit anderen Worten: **Die aktuelle Handlungsblockade wird sich schon in wenigen Jahren rächen, wenn die dann drohende Versorgungslücke die Energiepreise weiter steigen lässt.**
2. Nachhaltigkeit beinhaltet die gleichberechtigte Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien. Der Klimawandel als objektiver Tatbestand kommt einer „Naturschranke“ gleich. Daher braucht eine nachhaltige Energieversorgung neben einem Höchstmaß an Energieeffizienz langfristig ebenfalls ein Höchstmaß an erneuerbaren Energien. Im Sinne einer realistischen Balance aus Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit ist die Rolle der fossilen Energieträger im Konsens festzulegen.  
  
Nicht nachhaltig wäre ein Energiemix mit alten Kohlekraftwerken, die mangels Neubau länger am Netz bleiben und Strom ineffizienter und damit umweltschädlicher erzeugen. Wir brauchen neue Kohle- und Gaskraftwerke, die hocheffizient arbeiten. Wenn die CCS-Technologie einsatzfähig ist, muss CO<sub>2</sub> abgeschieden und gespeichert werden.  
  
Kernkraft ist vor dem Hintergrund der Beschlüsse des Energiekonsenses zum langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie keine Option für einen zukunftsfähigen Energiemix. Es bedarf jedoch der Weiterführung der Energieforschung im Bereich der Kernenergiesicherheitstechnik. **Eine nachhaltige Energieversorgung zeichnet sich durch einen breiten Energiemix mit hocheffizienten Technologien aus, der es erleichtert, nicht-fossile Energieträger in die Wirtschaftlichkeit zu führen.**

3. Die mit den steigenden Energiepreisen verbundenen Härten für einzelne Unternehmen und deren Belegschaften sind so zu gestalten, dass deren industrielle Entwicklung in Deutschland in Verbindung mit anspruchsvollen klimapolitischen Zielsetzungen möglich ist. **Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung müssen Energiepreise die ökologische und ökonomische Realität widerspiegeln.**
  
4. Die politischen Rahmenbedingungen der Liberalisierung sind so auszurichten, dass eine Vielzahl unabhängiger Akteure, die der öffentlichen Daseinsvorsorge verpflichtet sind und bleiben, ermöglicht wird. Kommunale Unternehmen und nachhaltige dezentrale Energieversorger haben hier eine Schlüsselrolle. Vor allem mit ihnen wird ein flächendeckendes Angebot von Energiedienstleistungen für Energieeffizienz und erneuerbare Energien gewährleistet, das alle Kundengruppen erreicht. **Energieversorgung muss gesellschaftliche Daseinsvorsorge sicherstellen.**
  
5. Die politisch angestrebte Netzregulierung muss mit Augenmaß erfolgen, um den Netzerhalt und -ausbau zu Strukturen zu ermöglichen, die für eine nachhaltige Energiewirtschaft der Zukunft erforderlich sind („intelligente“ Netze, Anschluss erneuerbarer Energien). Qualitative Kriterien müssen beim Ausbau sicherer Netze berücksichtigt werden. **Notwendig sind nachhaltige Investitionen in Erzeugungskapazitäten und Netze.**

6. **Durch ein konsistentes Gesamtkonzept**, das sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit – Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Beschäftigung – orientiert, **kann und muss Deutschland den Weg zu einer hocheffizienten und so weit wie möglich auf erneuerbaren Energien beruhenden Energieversorgung gehen.**
  
7. Eine integrierte Klima, Energie-, Industrie- und Verkehrspolitik muss eine Trendwende herbeiführen, um die gegenwärtigen industriellen Verfahren in noch umweltverträglichere Prozesse und Produkte zu verwandeln. Dabei ist Deutschland gut aufgestellt, die insbesondere im Energieeinsparpotenzial liegenden Chancen frühzeitig auszuschöpfen. **Die Zukunft der Industriegesellschaft wird davon abhängen, wie sie sich Technologien für Energie- und Rohstoffeffizienz und das Innovationspotential der Beschäftigten zu Eigen macht.**
  
8. Die Belastungen der steigenden Energiepreise müssen gerecht verteilt werden. Das erfordert insbesondere Unterstützungsmaßnahmen für finanziell Schwache, um sie in die Lage zu versetzen, ihren Energieverbrauch dauerhaft zu senken. **Wir brauchen eine Politik, die Nachhaltigkeit sozial gerecht gestaltet.**

9. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist Klimaschutz auch aus sozialen Gründen erstrebenswert. Die darin liegenden Beschäftigungschancen sind konsequent zu nutzen. Der notwendige Strukturwandel muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und begleitet werden. Die Politik ist gefordert, Ziele und Rahmenbedingungen unter Beteiligung der gesellschaftlichen Kräfte festzulegen und mit entsprechenden Maßnahmen auf ihre Umsetzung hinzuwirken. Durch ein kontinuierliches Monitoring ist die Zielerreichung sicherzustellen. **Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Beschäftigung müssen Teil einer nationalen Anpassungsstrategie an diesen Wandel sein.**

## 2. Aktuelle Herausforderungen

Unser Wirtschaftssystem basiert auf Widersprüchen. Einerseits hat es uns Wohlstand gebracht und viele Chancen und Annehmlichkeiten ermöglicht, von denen große Teile der Weltgemeinschaft im letzten Jahrhundert profitiert haben. Andererseits basiert es auf der steigenden Ausbeutung menschlicher und fossiler Ressourcen. Auf der Ebene fossiler Ressourcen wird vermeintlich billige und im Überfluss vorhandene Energie ausgiebig ausgenutzt und dabei die Umwelt verschmutzt.

Soziale Konflikte nehmen zu, denn nicht nur Arbeitslosigkeit und Armut, sondern auch der Klimawandel gefährdet die Verteilungsgerechtigkeit und damit die soziale Grundlage von Demokratie. Ohne die sozialen Auswirkungen des Klimawandels und die betroffenen Menschen im Blick zu haben, ist effizienter Klimaschutz ebenso wenig möglich wie eine gerechte Politik gegenüber künftigen Generationen oder gegenüber Entwicklungsländern. Es drohen soziale Konflikte, wenn ein Teil der Gesellschaft auf Kosten eines anderen lebt. Unterlassener Klimaschutz wird zu weiteren, noch größeren ökonomischen Schäden und Verteilungskämpfen führen. Dabei sind es die Armen, national wie international, die von den negativen Folgen des Klimawandels besonders stark betroffen sind.

In der Standortdiskussion werden Klimaschutzmaßnahmen oft als unzumutbare Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen angeführt. Die Meinung, eine nachhaltige Entwicklung belaste die Wirtschaft schwer, ist jedoch kurzfristig und falsch, wie positive Beispiele von Unternehmen zeigen, die aktiven Klimaschutz betreiben.

Es gilt vielmehr, diese zu unterstützen. Wirtschaftswachstum rein quantitativ auf ausschließlich ökonomischer Basis zu ermitteln, ohne soziale und ökologische Qualitätskriterien einzubeziehen, greift zu kurz.

Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen wird immer mehr davon abhängen, wie sie sich Technologien und Strategien für Energie- und Ressourceneffizienz zu Eigen machen können und wollen. Eine integrierte Klima- und Energiepolitik kann eine Trendwende herbeiführen, indem sie die gegenwärtigen industriellen Verfahren in umweltverträglichere Prozesse und Produkte wandelt. Der Industriestandort Deutschland hat nur mit durchgreifenden Innovationen und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine zukunftsfähige Perspektive. Wir müssen darum heute die Grundlagen für nachhaltiges Wirtschaften schaffen und den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft forcieren.

# 3. Ziele einer nachhaltigen Energieversorgung

Da die Industriestaaten ihren Wohlstand seit der ersten industriellen Revolution auf fossilen Brennstoffen aufgebaut und damit die heutige Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre im wesentlichen verursacht haben, stehen sie global in einer besonderen klimapolitischen Verantwortung. Sie müssen ihr Wachstumsmodell so schnell wie möglich ändern und auch Entwicklungs- und Schwellenländer auf ihrem Weg zu einem kohlenstoffarmen industriellen Entwicklungsmodell finanziell und technologisch unterstützen. Denn eine Anhebung der klimaschädlichen Emissionen in den Schwellen- und Entwicklungsländern auf das Pro-Kopf-Niveau der Industrienationen ließe alle klimapolitischen Bemühungen ins Leere laufen.

Die EU-Kommission hat sich in ihrem „Grünen Paket“ bis 2020 nicht nur zu einer Emissionsreduzierung um 20 %, im Rahmen eines globalen Klimaschutzabkommens um 30 % verpflichtet, sondern daneben zu einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger an der Gesamtenergieerzeugung auf 20 % und zu einer Senkung des Gesamtverbrauchs an Primärenergie um 20 %. Denn der Klimawandel ist nur ein Symptom des ungehemmten Ressourcenverbrauchs, der mit unserer Produktions- und Lebensweise verbunden ist.

Klimaschutz und die Endlichkeit fossiler Ressourcen weisen beide auf den gemeinsamen langfristigen Lösungsweg hin: Ausschöpfung aller Effizienz- und Ressourcenpotentiale und Umstieg auf erneuerbare Energien.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben diese Anfang 2007 beschlossene Zielsetzung der EU als Ausgangsbasis ausdrücklich befürwortet. National unterstützen wir das von der Bundesregierung aufgegriffene Ziel einer 40 %igen Reduktion der Treibhausgase in Deutschland

bis zum Jahr 2020. Die ebenfalls angestrebte Verdopplung der Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 ist ein richtiges Ziel. Aber Energieeffizienz und -einsparung müssen in der Praxis stärker gefördert werden als bisher. Allein im Gebäudebereich schlummern CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale von 50 bis 70 Mio. t pro Jahr.

Weltweit wollen wir eine Reduzierung der Treibhausgase in den Industriestaaten um mindestens 85 % bis zum Jahr 2050 erreichen. Ziel ist es, die globale Erwärmung auf 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen, weil nur dann die Folgen des Klimawandels voraussichtlich beherrschbar bleiben. Die Staatengemeinschaft muss 2009 auf der Weltklimakonferenz in Kopenhagen hierfür die Weichen stellen und wirksame Emissionsminderungsziele definieren.

Notwendig für eine langfristig nachhaltige Energiepolitik ist der massive Ausbau der erneuerbaren Energieträger (EE). Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat sich bei der Förderung der EE bewährt und Deutschland die weltweite Technologieführerschaft bei den Erneuerbaren ermöglicht. Laut McKinsey-BDI-Studie setzen Einspeisesysteme für Investoren sehr starke Investitionsanreize, wodurch in Ländern mit Einspeisesystemen EE-Zuwachsraten erzielt werden konnten, die deutlich höher waren, als in Ländern mit anderen Fördersystemen. Wir brauchen ein marktwirtschaftlich ausgerichtetes Fördersystem, EU-weit nach Standort- und Kosteneffizienz, um die zusätzliche Belastung der Verbraucher zu rechtfertigen. Der Vorschlag der EU sieht vor, dass die Mitgliedsstaaten im Rahmen der Subsidiarität frei in der Auswahl des Fördersystems bleiben sollen.

Es darf aber im Gegenzug keine Bestimmungen geben, die die Existenz und Weiterentwicklung der Einspeisesysteme in denjenigen Mitgliedsstaaten, die diesen aussichtsreichen und zukunftsweisenden Weg gewählt haben, direkt oder indirekt in Frage stellen.

Bis Ende 2007 sind in Deutschland 250.000 Arbeitsplätze im Bereich der EE entstanden, gerade auch in strukturschwachen Regionen. Bis 2020 ist mit der Schaffung von 400.000 neuen Arbeitsplätzen zu rechnen, im Saldo aller gesamtwirtschaftlichen Effekte der Klimaschutzpolitik sogar mit 500.000 zusätzlichen Jobs. 2007 hatten die EE bereits einen Anteil von 14,2 % am Bruttostromverbrauch, ein Fünftel mehr als im Vorjahr, und einen Anteil von 8,5 % am gesamten Energieverbrauch.

Bei Umsetzung des EU-Ziels eines Anteils von 20 % EE an der Gesamtenergieerzeugung im Jahr 2020 entfallen immer noch 80 % auf nicht-erneuerbare Energien. Mit anderen Worten: dieses Ziel kann allenfalls ein erster Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung sein. Energieeffizienz muss deshalb gleichberechtigt vorgebracht werden.

Global betrachtet wird man noch lange auf fossile Energieträger, in erster Linie Kohle, zurückgreifen. Wie nachhaltig dies erfolgen kann, hängt von der Modernisierung, Wirkungsgradsteigerung und CO<sub>2</sub>-Reduzierung der Kraftwerke ab. Auch in der Zukunft kommt der Energiemix ohne Kernkraft aus, wie Studien zeigen.

Für eine nachhaltige Energiepolitik sind daher von zentraler Bedeutung:

- Einsatz fossiler Energieträger in umwelt- und klimafreundlichster Technologie.
- Stetiger Ausbau der EE und weitere Verbesserung ihrer technischen Effizienz.
- Erhöhung der Energieeffizienz über die gesamte Energiekette.
- Substitution von Erdöl und Erdgas durch Erneuerbare Energien im Verkehrs- und Wärmesektor, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Erdöl und Erdgas nicht in erster Linie Brennstoffe, sondern wertvolle Rohstoffe für Industrie und Gewerbe darstellen. Durch die reine Verbrennung werden diese der Produktionskette entzogen, die ansonsten durch stoffliche Nutzung mit weit höherer Wertschöpfung in der verarbeitenden Industrie eingesetzt werden könnten.
- Ausbau der Kraft-Wärme/Kälte-Kopplung (KWK), denn die gemeinsame Erzeugung von Strom und Wärme kann einen entscheidenden Beitrag zur Steigerung der Energieproduktivität und zum Klimaschutz leisten. KWK-Kraftwerke erreichen einen Nutzungsgrad von bis zu 90% und sparen damit im Vergleich zu den modernsten herkömmlichen Kraftwerken immer noch bis zu 25% Primärenergie ein. Nachhaltig ist die Anwendung von KWK bei der Nutzung erneuerbarer Energieträger.

Der DGB kritisiert, dass die am 17.12.2008 vom EU-Parlament verabschiedete EU-Richtlinie zum Emissionshandel für die dritte Handelsperiode ab 2013 eine gravierende Benachteiligung der KWK bei der Auktionierung der Emissionszertifikate mit sich bringt. Nicht nur für die Strom-, sondern auch für die Wärmeerzeugung sollen KWK-Anlagen mit Zertifikats-Kosten belastet werden, während die konkurrierende ungekoppelte Wärmeerzeugung keine Zertifikate benötigt.

- Ausbau und Anpassung der Energienetze, um neue, umweltfreundliche Großtechnologien und dezentrale Stromversorgung zu integrieren.
- Nachhaltige Ausgestaltung des Verkehrssektors durch Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger und intelligente Verkehrsvernetzung. Dabei müssen insbesondere die klimawirksamen Effekte der Schiene stärker berücksichtigt und weiterentwickelt werden. Im Hinblick auf die Senkung des Energieverbrauchs und der CO<sub>2</sub>-Reduktion zahlen sich hierzu Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die Anschaffung neuer moderner Triebfahrzeuge und Eisenbahnwagen aus.

Zur Senkung des Primärenergiebedarfs bedarf es neben der klassischen Energieeinsparung einer massiven Ausschöpfung des Energieeffizienz-Potenzials über die gesamte Energiekette, von der Angebotsseite (rationelle Umwandlung von Primär- in Endenergien) bis zur Nachfrageseite (effiziente Endenergienutzung). Unterstützende Instrumente sind vor allem regelmäßig an die Entwicklung anzupassende Effizienzstandards mit Pflichtkennzeichnung und Top-Runner-Strategie, Energieeinsparfonds und Energiemanagementsysteme, ordnungsrechtliche und fiskalische Instrumente (z.B. Umwandlung der hubraumbezogenen in eine schadstoff- bzw. verbrauchsabhängige Kfz-Steuer).

Mit diesen Maßnahmen werden wir einen großen Schritt in Richtung nachhaltiger Energieversorgung vorankommen. Doch all dies wird nicht für eine nachhaltige Industriegesellschaft ausreichen, wenn es nicht gelingt, Klimaschutz und Nachhaltigkeit in jeden einzelnen industriellen Prozess und jedes einzelne Produkt zu integrieren.

# 4. Spannungsfelder und Widersprüche

## 1. Die Handlungslücke

Das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung findet zwar in allen Teilen der Gesellschaft große Unterstützung. Tatsache ist jedoch, dass die Diskrepanz zwischen diesem offiziellen Bekenntnis und dem ausbleibendem Handeln in der Praxis immer größer wird. Unsere gegenwärtige Energieausnutzung ist nicht nachhaltig. Sie muss spürbar verbessert werden, um qualitatives Wachstum, nachhaltige Mobilität und zukunftsfähigen Konsum auch für künftige Generationen zu gewährleisten. Dazu ist sofortiges Handeln notwendig, um schlimmere Auswirkungen zu verhindern. Spätestens seit der Veröffentlichung der Analyse von Nicholas Stern, dem ehemaligen Chefökonom der Weltbank, ist klar: Handeln im Klimaschutz ist um Längen günstiger als Nicht-handeln oder verzögertes Handeln. Nach Sterns Berechnungen liegen die Kosten des ungebremsten Klimawandels bei 5 bis 20 % des Bruttonettoproduktes pro Jahr. Dem gegenüber liegen die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen bei etwa 1 % und damit deutlich niedriger. In der McKinsey-BDI-Studie 2007 wurden rund 300 Vermeidungshebel, auf der Basis vorhandener Technologien, untersucht, die zu wirtschaftlichen Kosten einsetzbar sind. Mit anderen Worten: **Die aktuelle Handlungsblockade wird sich schon in wenigen Jahren rächen, wenn die dann drohende Versorgungslücke die Energiepreise weiter steigen lässt.**

## 2. Nachhaltige Energieversorgung

Nachhaltigkeit impliziert grundsätzlich eine gleichberechtigte Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien. Die Bekämpfung des Klimawandels macht Maßnahmen der Effizienzsteigerung sowie den Einsatz erneuerbarer Energien nötig. Am Ende der Entwicklung müssen sie ein Höchstmaß des dann noch notwendigen Energiebedarfs liefern. Der Weltenergieverbrauch wird jedoch so stark wachsen, dass die Zunahme erneuerbarer Energien zurzeit nicht

viel mehr als die globalen Wachstumsraten abdecken kann. Die weltweite Energieversorgung wird sich daher auch in den nächsten Jahrzehnten auf Kohle stützen. Die Internationale Energieagentur (IEA) erwartet im Business-as-usual-Szenario ihres World Energy Outlook 2007 den größten Anstieg in absoluten Zahlen beim Kohleverbrauch um 73 % zwischen 2005 und 2030. Aber auch in Deutschland leisten die heimische Braunkohle und die Steinkohle nach wie vor einen wichtigen Beitrag der Energieversorgung, insbesondere zur Stromgrundlast. Durch Kraftwerkserneuerung und den vom DGB unterstützten Kernenergieausstieg muss bis 2020 die Hälfte des deutschen Kraftwerksparks ersetzt werden. Wir brauchen neue Kohle- und Gaskraftwerke, die hocheffizient arbeiten.

Wenn die CCS-Technologie einsatzfähig ist, muss CO<sub>2</sub> abgetrennt und gespeichert werden. Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten gilt es, Kohlekraftwerke klimaverträglich einzusetzen. Das Fazit der IEA lautet, dass der Schwerpunkt staatlicher Aktionen auf der Eindämmung des raschen Wachstums der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Kohlekraftwerken liegen müsse. Bei dem veralteten weltweiten Kraftwerkspark sind noch erhebliche Effizienzsprünge durch Modernisierung zu erzielen, wenn ein Zu- und Ersatzbau nur noch durch modernste fossile Kraftwerkstechnik mit höchstmöglichem Wirkungsgrad erfolgt. Kraftwerkskonzepte und -größen müssen sich an den Bedingungen für den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung ausrichten. Die nationalen Potenziale für die KWK sind bei weitem nicht ausgeschöpft, von den globalen Potenzialen ganz zu schweigen. Die CCS-Technologie wird nach heutigen Prognosen frühestens im Jahr 2020 einsatzbereit sein. Es ist zu erwarten, dass die erneuerbaren Energiequellen u. a. durch technischen Fortschritt in den nächsten Jahren wettbewerbsfähig werden.

Diese Entwicklung sowie höhere Preise für Verschmutzungsrechte im Emissionshandel werden die Nutzung fossiler Energieträger auf alte Art sukzessive wirtschaftlich unattraktiver machen.

**Heute wie morgen muss eine nachhaltige Energieversorgung jederzeit Versorgungssicherheit gewährleisten, Umwelt und Klima schonen, Arbeitsplätze sichern und schaffen und kosteneffizient sein.**

### 3. Energiepreise

Die Liberalisierung der Energiewirtschaft sollte vor allem das Ziel verfolgen, preiswerte Energie für Wirtschaft und Verbraucher bereitzustellen. Nicht zuletzt hängt die Existenz nationaler energieintensiver Industrien von der Höhe des Energiepreises ab. Vor dem Hintergrund der knapper werdenden fossilen Energien und der notwendigen Internalisierung ökologischer Kosten werden die Energiepreise aber weiter steigen. Hohe Energiepreise geben wiederum Anreize, Energie einzusparen und effizienter einzusetzen. Das hat bereits heute zu erheblichen Energieeinsparungen geführt. Die Belastungen der steigenden Energiepreise müssen jedoch gerecht verteilt werden. In Zeiten der Globalisierung haben gerade die energieintensiven Industrien die Möglichkeit, in Länder auszuweichen, die unter niedrigeren ökologischen und sozialen Standards billige Energie bereitstellen können. Es ist aber kein gewollter Effekt, die Umweltprobleme lediglich zu verlagern. **Energiepreise müssen die ökologische und ökonomische Realität widerspiegeln.**

### 4. Gesellschaftliche Daseinsvorsorge

Die Energiewirtschaft ist in den letzten Jahren umfassend liberalisiert worden. Dies hat jedoch kaum zu mehr Marktteilnehmern und damit zu einer – politisch gewünschten – Zunahme des

Wettbewerbs geführt, sondern zu einer Oligopolisierung eines zentralen Bereichs der öffentlichen Daseinsvorsorge. Europaweit agierende Konzerne sind entstanden, kommunale und regionale Strukturen sind vielfach zurückgedrängt und alternative Stromanbieter behindert worden. Damit geraten kundenorientierte, auf Energieeffizienz und innovative Energiesysteme setzende Angebote ins Hintertreffen. **Energieversorgung muss gesellschaftliche Daseinsvorsorge sicherstellen.**

#### 5. Netzregulierung

Die Netzregulierung soll ungerechtfertigte Monopolprofite verhindern. Umgekehrt benötigen wir schon jetzt einen kontinuierlichen Ausbau der Netze, um die Herausforderungen einer nachhaltigen Energieversorgung erfüllen zu können: dezentral, um „intelligente“ Netzsysteme abzustützen, zentral, um beispielsweise erneuerbare Energien in die Verbraucherzentren transportieren zu können. Doch durch die drohende Überregulierung bei der Anreizregulierung geraten viele notwendige Investitionen in Gefahr, so dass der nachhaltige Strukturwandel nicht gefördert, sondern behindert wird. Dadurch werden auch viele Arbeitsplätze vernichtet. Kommt die eigentumsrechtliche Entflechtung der Netze, könnte bei einem Verkauf an unterschiedlich ausgerichtete Investoren selbst die Versorgungssicherheit leiden. Aus diesen Gründen müssen die Stromnetze unter gesellschaftlich-öffentlicher Beteiligung und Kontrolle bleiben. **Versorgungs- und Arbeitsplatzsicherheit dürfen durch die Netzregulierung nicht gefährdet werden.**

#### 6. Konsistentes Gesamtkonzept

Die aktuelle deutsche Klima- und Energiepolitik ist teils widersprüchlich. Vereinbarungen wie die klimapolitischen Beschlüsse von Meseberg 2007 werden nicht konsequent und nur teilweise

umgesetzt. Absichtserklärungen und Handeln klaffen auseinander. Unterschiedlichste Förderprogramme und Kampagnen verschiedener Bundesressorts, öffentlicher Einrichtungen und privater Agenturen führen zu Unübersichtlichkeit und beinhalten die Gefahr von Überschneidungen. Die Politik ist gefordert, klare Vorgaben und Weichenstellungen vorzunehmen. Wenn wegen der aktuellen Wirtschaftskrise versucht wird, die dringenden Aufgaben in der Energie- und Klimapolitik zu verzögern oder zu unterlassen, dann werden diese Abstriche an einem notwendigen Klimaschutz viel ruinöser sein als die derzeitige Finanzkrise. **Ziel muss daher eine klare und handlungsorientierte Klima- und Energiepolitik sein.**

#### 7. Innovationspotential der Beschäftigten

Um die gegenwärtigen industriellen Verfahren in umweltverträgliche Prozesse und Produkte zu verwandeln, bedarf es entsprechender Technologien für Energie- und Rohstoffeffizienz. Dabei ist Deutschland gut aufgestellt, die hierin liegenden Chancen frühzeitig auszuschöpfen. Gleichzeitig muss die Rolle von Beschäftigten im betrieblichen Umweltschutz gestärkt werden. Unternehmen, die ihre Beschäftigten einbeziehen und in ihre Aus-, Fort- und Weiterbildung investieren, werden auch in diesem Bereich bessere Erfolge erzielen und soziale und ökologische Belange gleichsam berücksichtigen. **Denn ohne das Innovationspotential der Beschäftigten als Experten an ihren Arbeitsplätzen auszuschöpfen, wird der Strukturwandel nicht gelingen.**

#### 8. Ökologische Gerechtigkeit

Hohe Energiepreise und hohe Kosten für den Strukturwandel belasten insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen. Nachhaltig helfen würden – staatlich subventionierte – Energie-

dienstleistungen und Angebote zur dauerhaften Verringerung des Energieverbrauchs. Die Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz sind bei finanziell Schwachen oft besonders hoch, weil ihnen die Mittel für Investitionen in effizientere Geräte oder Heizungen fehlen. Doch hierfür stehen bislang keine geeigneten Angebote zur Verfügung. **Wir brauchen eine Politik, die Nachhaltigkeit sozial gerecht gestaltet.**

#### 9. Arbeitsplätze und soziale Bedingungen der Beschäftigten

Der Strukturwandel schafft bereits heute viele Arbeitsplätze in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Deren Arbeitsbedingungen entsprechen jedoch teilweise nicht dem Standard im Energieanlagenbau, denn oft sind sie schlechter bezahlt, haben keine betriebliche Altersvorsorge, vernachlässigen die berufliche Aus- und Weiterbildung. Auf der anderen Seite muss den hochqualifizierten Beschäftigten aus Branchen, die an Bedeutung verlieren, eine akzeptable berufliche Perspektive geboten werden. **Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Beschäftigung müssen Teil einer nationalen Anpassungsstrategie an diesen Wandel sein.**

# 5. Politische Anforderungen

Die skizzierten Widersprüche und Inkonsistenzen zeigen: Trotz vieler guter Ansätze hat die Politik noch keine einheitliche Strategie hin zu einer nachhaltigen Energiepolitik gefunden, die den Herausforderungen der Globalisierung und des Klimawandels und den damit verbundenen sozialen Konsequenzen für Arbeit und Beschäftigung adäquat begegnen könnte.

Wir müssen ein anderes Wachstumsmodell entwickeln, das sich an qualitativen Standards bemisst und auf erneuerbaren Energien, Steigerung der Energie- und Rohstoffeffizienz, kohlenstoffarmer Produktion und der Internalisierung der externen Kosten, insbesondere der sozialen und ökologischen Auswirkungen, beruht. Wenn wir an dieser Herausforderung scheitern, wird die Energieversorgung genauso wenig zu sichern sein wie eine Basis, auf der künftige Generationen wirtschaften und leben können. Die Wirtschaft würde mit einem globalen Wettbewerb um knappe und teure Energiequellen konfrontiert, der auch die Zukunft der Industrie in Europa bedrohen würde. Eine steigende Energieproduktivität hingegen trägt zu Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bei, verschafft ihr Vorteile als Vorreiter und neue Arbeitsplätze. Es liegt im Interesse der Wirtschaft, auf die Zeichen der Zeit angemessen zu reagieren.

Viele positive Beispiele zeigen, dass gerade die deutsche Industrie über gute Möglichkeiten verfügt, sowohl bestehende Industriebranchen nachhaltig auszurichten als auch über neue expandierende „Öko-Industrien“ zukunftsfähig zu werden. Es ist weder ökologisch, ökonomisch oder sozial, energieintensive Industrien in Länder mit geringeren Umwelt- und Sozialstandards zu verlagern. Hier in Deutschland kann und muss der Beweis angetreten werden, dass die Industriegesellschaft eine nachhaltige Perspektive hat. Dazu zählt auch, die Unabhängigkeit von

Importen zu sichern, wenngleich eine stärkere Vernetzung europäischer Kooperationen sinnvoll und nötig ist.

Bereits 2000 hat die Hans-Böckler-Stiftung in der Studie „Arbeit und Ökologie“ aufgezeigt, dass eine sozial-ökologische Reformstrategie, die wirtschaftliche Effizienz, ressourcenschonende Produktion, umweltgerechten Konsum und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet, machbar ist. Mit Blick auf ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungsmöglichkeiten ist sie sogar erfolgreicher als Entwicklungsstrategien, die sich an den Leitpunkten Kostenentlastung für Unternehmen, niedrigere Löhne und schlanker Staat orientieren.

Wir brauchen eine integrierte Klima-, Energie-, Verkehrs- und Industriepolitik, die auf durchgreifende energetische Innovationen als Abkehr von der klassischen großtechnischen Nutzung fossiler und nuklearer Energien mit nachsorgendem Umweltschutz setzt. Darüber hinaus gilt es, Klimaschutz mit einer nachhaltigen Beschäftigung sichernden Energieversorgung zu verbinden, die dauerhaft und klimaverträglich Energie für alle zur Verfügung stellt. Wir müssen den Strukturwandel in der Energieversorgung hin zu höherer Rohstoff- und Energieeffizienz und mehr erneuerbaren Energien beschleunigen. Dazu müssen wir die längst vorhandenen Technologien effizienter ausschöpfen. In den nächsten 20 Jahren werden Schätzungen zufolge weltweit 13 Billionen Euro in neue Energieinfrastruktur investiert werden müssen. Die Herausforderung besteht darin, diese Summen in nachhaltige Bahnen zu lenken. Diese Investitionen werden vor allem in Europa, USA und China erfolgen, und es ist die Aufgabe der Politik, die richtigen (Preis)Signale zu setzen.

Klimapolitik ist Innovationspolitik. Für einzelne Branchen gilt: Deutschland ist Exportweltmeister in der Umwelttechnik. Im global boomenden Leitmarkt der Energieerzeugung halten deutsche Unternehmen einen Weltmarktanteil von 30 %. Im Jahr 2020 wird die Umwelttechnologie-Branche in Deutschland mehr Umsatz erzielen als der Kraftfahrzeug- oder Maschinenbau. Die Schonung der natürlichen Ressourcen ist nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch ökonomisch vorteilhaft. Denn mit der Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität eröffnen sich neue Chancen für mehr Lebensqualität und Wohlstand und damit auch für mehr und qualifizierte Arbeitsplätze. Gleichzeitig leisten wir mit weltweiten Innovationen in erneuerbare Energien und Effizienztechniken einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft. Für den immer noch ausstehenden Durchbruch im globalen Klimaschutz ist es zwingend erforderlich, saubere Energietechnologien in großem Maßstab auf den Markt zu bringen und den Schwellen- und Entwicklungsländern hierzu Zugang zu ermöglichen. Mit der industriellen Kompetenz Europas und der richtigen Mischung aus Infrastruktur- und Zukunftsinvestitionen müssen jetzt die Weichen gestellt werden, um klimawirksame Technologien einzusetzen, Arbeitsplätze zu schaffen und Kosten zu sparen.

Die Wirtschaft ist gut beraten, ihre besonders in einigen Branchen stark ausgeprägten Vorbehalte gegenüber Klimaschutzmaßnahmen durch proaktive Vorschläge und Umsetzungen für eine nachhaltige Energieversorgung zu ersetzen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden an einem Konzept für eine nachhaltige Energieversorgung mitarbeiten.

